

Meldungen

zusammengestellt von Michael Mertsch

Amnestie für Deserteure

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag hat Präsidentin Kumaratunga eine neue Amnestie für Deserteure der Streitkräfte bekanntgegeben. Die bis zum 20. Januar begrenzte Maßnahme sichert Angehörigen der Streitkräfte völlige Straffreiheit zu, wenn sie sich bei ihren Einheiten zurückmelden. Presseberichten zufolge sollen allein in den ersten neun Tagen des Aufrufs etwa 500 Soldaten wieder zum Dienst erschienen sein. Die örtlichen Tageszeitungen berichten täglich über wahre Begeisterungstürme, mit denen rückkehrende Deserteure von ihren Kameraden angeblich empfangen werden. Hintergrund der Maßnahme ist die katastrophale personelle Situation der srilankischen Armee, deren Personalstärke durch die hohen Verluste in den Auseinandersetzungen der letzten Zeit arg strapaziert ist. Angesichts der Tatsache, daß sogar nach offiziellen Angaben der Streitkräfte mindestens 10.000 Soldaten desertiert sind, ist allerdings die Zahl von 500 Rückkehrern eher als bescheiden zu bezeichnen. Eine ähnliche Amnestie im letzten Jahr mußte aufgrund des geringen Echos verlängert werden.

Verbot der LTTE

Nur einen Tag nach dem verheerenden Bombenanschlag auf den "Zahntempel" in Kandy hat die srilankische Regierung formal ein Verbot der LTTE mit sofortiger Wirkung ausgesprochen. Die Entscheidung wurde lediglich durch eine kurze Pressemitteilung bekannt, ohne weitere Details mitzuteilen. Regierungsvertreter lehnten jede Stellungnahme ab. Die unerwartete Entscheidung der Regierung stieß vor allem bei der Opposition im Parlament und bei vielen gemäßigten tamilischen Politikern auf Unverständnis und harsche Kritik. Viele befürchten, daß jetzt die Tür zu Verhandlungen und damit einer politischen Lösung des Konflikts erst einmal fest zugeschlagen wurde. V. Anandasangaree, Vizepräsident der TULF meinte, "es ist schon überraschend, daß die Regierung die LTTE verbietet, wo doch jeder die Aufnahmen von Verhandlungen will." Vielen ist die Entscheidung auch ein Zeichen, daß die Regierung keinerlei Optionen mehr im Konflikt sieht. UNP-Führer Wickremasinghe: "Die Regierung setzt nur noch auf militärische Aktionen. Aber wenn man nur noch eine Option

hat, dann muß diese auch funktionieren."

Unter den Menschen in Jaffna hat die Entscheidung ebenfalls Bestürzung ausgelöst. Die Bewohner wollen keine militärische Lösung, viele hoffen immer noch auf einen Verhandlungserfolg. Zahlreiche Unterstützer der Regierungsentscheidung fanden sich dagegen in Colombo. Hunderte von Menschen demonstrierten vor den Botschaftsgebäuden von Großbritannien, Australien und Frankreich. Die Protestanten des 'All Peace-Loving Citizens of Sri Lanka' (APLC) warfen den drei Regierungen vor, nicht genug gegen LTTE-Aktivitäten in diesen Ländern zu unternehmen. In einem Brief an dem britischen Premierminister Tony Blair klagte der APLC darüber, daß die LTTE in Großbritannien ungehindert Gelder sammeln und ihr internationales Büro betreiben dürfe. Man möge doch bitte dem Beispiel der srilankischen Regierung folgen und ebenfalls ein Verbot aussprechen.

Von buddhistischer Seite war wenige Tage zuvor die englische Regierung noch wesentlich schärfer angegriffen worden. In einer Pressekonferenz machte die 'Federation of Buddhist Organisations' die Briten direkt für den Bombenanschlag in Kandy verantwortlich. In der Pressekonferenz hieß es außerdem wörtlich: "Die Geschichte hat gezeigt, wie die Tamilen als Minderheit von Südiindien ins Land gekommen sind und nur unter dem Schutz ihrer britischen kolonialen Herren im Nordosten leben konnten. Die Tamilen haben gemeinsam mit ihren englischen Herren gegen die Srilankaner gekämpft. Sie sind die Ursache des Problems in unserem Land".

Noch im letzten Jahr, als sich die USA dazu entschieden hatten, die LTTE in eine Liste von insgesamt 30 terroristischen Organisationen aufzunehmen, hatte sich die srilankische Regierung bewußt von einem Verbot der Organisation Abstand genommen, um, wie sie selbst sagte, die Möglichkeit für Friedensverhandlungen nicht zu verschließen.

Anschlag in Colombo

Mindestens acht Menschen wurden beim Bombenanschlag einer Selbstmordattentäterin am 6. Februar in Colombo getötet. Die Frau hatte an einem Kontrollpunkt vor dem Hauptquartier der Luftwaffe im Stadtteil 'Slave Island' eine am Leib getragene Sprengladung

gezündet. Sie war Insasse eines Kleinbusses, den die Soldaten zur Überprüfung angehalten waren. Die Attentäterin hatte zunächst das Fahrzeug verlassen kurz danach ereignete sich die Detonation. Unter den Opfern sind drei Zivilisten und mehrere Angehörige der Streitkräfte. Der Kleinbus sowie ein nachfolgender Omnibus wurden bei der Explosion beschädigt. Der Anschlag ereignete sich nur wenige Stunden nachdem Prinz Charles, Ehrengast der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeit das Land verlassen hatte. Kurz nachdem Zwischenfall sperrten Sicherheitskräfte das Gebiet weiträumig ab, der Straßenverkehr in Colombo brach völlig zusammen.

Urteile gegen LTTE-Mitglieder

Im Zusammenhang mit der Ermordung des ehemaligen indischen Premierministers Rajiv Gandhi im Jahre 1991 hat jetzt ein indisches Gericht ein Urteil gesprochen (siehe hierzu den Meldungsteil 'Indien').

Maßnahmen gegen US-Entscheidung

Im Zusammenhang mit der Entscheidung des 'State Department' der USA die LTTE als terroristische Vereinigung einzustufen, haben Anwälte im Auftrag der Organisation jetzt auf gerichtlichen Wege Einsicht in die Akten der US-Behörde gefordert. Einer der Anwälte erklärte, es sei Ziel der LTTE anhand dieser Unterlagen nachzuweisen, daß die Aktivitäten dieser Gruppe unter internationalem Recht völlig legitim seien. Die Vereinigten Staaten hatten im letzten Oktober die LTTE erstmals auf einer Liste von insgesamt 30 ausländischen Terrororganisationen genannt und damit jegliche Spendenaktionen in den USA illegal gemacht. Vertreter der LTTE erhalten außerdem auch keine Visa mehr bei US-amerikanischen Botschaften.

Schikanen für Tamilen

Bereits im Dezember verabschiedeten die Sicherheitsbehörden einen Plan, nachdem alle Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung im Stadtgebiet von Colombo direkt von der Armee verantwortet werden. Das hierzu neu eingerichtete 'Operations Command Colombo' (OCC) bezog Gebäude in unmittelbarer Nähe des Verteidigungsministeriums. Colombo wird damit in sechs

Sektoren unterteilt, die von unterschiedlichen Einheiten der Streitkräfte und der Polizei kontrolliert werden. Die neue Maßnahme hat zu einer weiteren sichtbaren Präsenz von uniformierten und bewaffneten Sicherheitskräften auf den Straßen von Colombo geführt.

Mehr als 350 Tamilen wurden im Dezember verhaftet, nachdem Gerüchte über ein neues Selbstmordkommando der LTTE bekannt wurden, das sich in der Hauptstadt aufhalte. Die Polizei durchsuchte fast 700 Geschäfte und Häuser und wies darauf hin, daß es sich bei den Festgenommenen nur um Personen aus dem Norden oder Osten gehandelt habe oder solche, die sich nicht ausweisen konnten. Seit Dezember müssen die in Colombo lebenden Tamilen außerdem regelmäßig ihre Meldebescheinigung bei der Polizei erneuern. Tamilen aus dem Basarviertel Pettah müssen dies regelmäßig jede Woche tun, im Stadtteil Maradana reicht eine monatliche Rückmeldung.

Tod im Gefängnis

Ausgelöst durch einen Aufruf der Menschenrechtsorganisation amnesty international hat der srilankische Justizminister G.L. Peiris eine Kommission zur Untersuchung der Morde an drei Inhaftierten im Gefängnis von Kalutara einberufen. Die drei Personen, zwei Tamilen und ein Muslim, waren von sinhalaischen Mithäftlingen am 12. Dezember zu Tode geprügelt worden. Viele Anzeichen beim Ablauf der Ermordung deuten auf eine vorsätzlich geplante Tat hin, an deren Vorbereitung möglicherweise auch Aufseher des Gefängnisses beteiligt waren. Trotz des skandalösen Vorfalles war es zunächst, auch von Seiten verschiedener Menschenrechtsorganisationen, unerwartet ruhig geblieben.

Die Getöteten stammten aus einer Gruppe von insgesamt 137 Tamilen und Moslems, die im Gefängnis von Kalutara in Haft gehalten werden. Kurz vor dem Zwischenfall war eine Gruppe von 223 Tamilen zusätzlich von Colombo nach Kalutara verlegt worden, angeblich weil in Colombo keine ausreichende Sicherheit gewährleistet war. Nach den Morden wurden zunächst die meisten sinhalaischen Gefangenen in andere Haftanstalten im Süden des Landes verlegt und zusätzliches Wachpersonal eingestellt.

Der Übergriff rief vor allen Dingen unter tamilischen Politiker wütende Reaktionen hervor. In einem Brief an amnesty international sagte der Justizminister, daß den betroffenen Zeugen größtmöglicher Schutz zukommt. Derzeit sind die Personen allerdings unter Kontrolle derjenigen Aufseher, die eventuell selbst an der Tat beteiligt waren. In einer Anhörung vor dem

Magistrat haben mehrere Häftlinge die Aussage verweigert, wohl aus Angst um ihr Leben, so amnesty international.

Vieles deutet darauf hin, daß die Aufseher in Kalutara nicht nur die Sicherheit der Tamilen vernachlässigt haben (eine Schutztür wurde trotz Bitten der Inhaftierten nicht verschlossen) sondern bei der mehr als eine Stunde dauernden Mißhandlung und Ermordung der Opfer die Augen verschlossen haben. Gleichzeitig konnte eine Gruppe von Sinhalesen, die sich außerhalb des Gefängnisses aufgehalten hatte, ungehindert Steine und andere Gegenstände in das Gefängnis werfen.

Aus Furcht um ihre Sicherheit haben einen Tag nach dem Vorfall 460 Tamilen im Gefängnis von Kalutara einen dreitägigen Hungerstreik begonnen und ihre Verlegung nach Colombo gefordert.

Im Februar hatte ai das zweite Mal Anlaß auf eine gravierende Menschenrechtsverletzung hinzuweisen. Hierbei ging es um die Ermordung von acht Tamilen durch Sicherheitskräfte im Trincomalee Distrikt.

Die Leichen der Jugendlichen wurden an einer Straße nahe Puthukudiyiruppu gefunden, nachdem sie am Tage zuvor in Tampalakamam verhaftet worden waren.

Wie inzwischen ermittelt wurde, haben Verantwortliche der Polizei in Kantalai die betroffenen Familien bedrängt, Erklärungen zu unterzeichnen, aus denen hervorgeht, daß die getöteten Personen Mitglieder der LTTE waren. Polizisten und Mitglieder einer paramilitärischen Gruppe stehen in dringendem Tatverdacht. Wie auch im Fall der Gefängnismorde trauen sich zahlreiche Zeugen aber nicht gegen die Verdächtigen auszusagen.

Wahlen im Norden

Trotz vieler Fragezeichen über den Sinn einer Wahl in den nach wie vor von der Armee verwalteten Distrikten Jaffna und Kilinochchi wurden am 29. Dezember Wahlen für insgesamt 17 lokale Gremien in diesen beiden Verwaltungseinheiten durchgeführt. Unter hohen Sicherheitsvorkehrungen rund um die Wahllokale hatten sich insgesamt nur tamilische Parteien kandidiert: 'Eelam People's Democratic Party' (EPDP), 'Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front' (EPRLF), 'Democratic Peoples Liberation Front' (DPLF/PLOTE), 'Tamil United Liberation Front' (TULF), 'Tamil Eelam Liberation Organisation' (TELO) sowie einige unabhängige Gruppen. Mit Ausnahme der TULF als gemäßigter Gruppierung repräsentieren die anderen Parteien ehemalige oder auch noch derzeitige militante Bewegungen, die früher für eine Selbstbestimmung der Tamilen

kämpften, sich jetzt jedoch auf die Seite der Regierung geschlagen haben. Die regierende 'Peoples Alliance' sowie die größte Oppositionspartei, die 'United National Party' hatten nicht kandidiert. Insgesamt standen 1.113 Kandidaten für 225 Gremienpositionen zur Wahl.

Bei der ersten Wahl in Jaffna nach mehr als 15 Jahren lag die Wahlbeteiligung denkbar niedrig. Nach dem Schließen der Wahllokale hatten 28 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Viele hatten offensichtlich aus Furcht vor Attacken der LTTE nicht gewählt. Die LTTE hatte zwar nicht direkte Aktionen zur Verhinderung der Wahl angekündigt, in Jaffna waren jedoch Plakate aufgetaucht, die die Leute aufforderten, die Wahl zu boykottieren. Gewalttätigkeiten, die im Zusammenhang mit der Wahl standen, blieben aus, mehrere Beobachtergruppen aus Colombo waren am Wahltag in den beiden Distrikten anwesend. Es gab lediglich Fälle, in denen sich Kandidaten unterschiedlicher Parteien gegenseitig bedroht hatten. Die meisten Geschäfte blieben geschlossen und privater Straßenverkehr war eingeschränkt.

Nach der Stimmenauszählung ergab sich folgendes Wahlergebnis: Die EPDP gewann die Mehrheit in zehn Gremien, PLOTE in vier, TULF in zwei und TELO in einem Gremium. Die TULF erzielte ihre Mehrheiten im Stadtrat von Jaffna und einem Dorfrat.

Die Regierung hoffte mit der Wahl ein Stück Vertrauen unter der tamilischen Bevölkerung zu finden, und so zusätzliche Sympathien für ihre Vorschläge zur Verfassungsänderung zu erhalten. Telekommunikationsminister Mangala Samaraweera äußerte sogar öffentlich, daß die LTTE schon bald zu einem völlig unbedeutenden politischen Faktor würde. Gleichzeitig wollte man auch der Außenwelt ganz demonstrativ vor Augen führen, wie sehr sich die Lage im Norden wieder normalisiert und demokratisiert habe. Aber gerade dieser Aspekt führte zu scharfer Kritik. "Die Wahlen sind den Menschen in Jaffna aufgezwungen worden", sagt T. Savundaranayagam, katholischer Bischof in Jaffna. Andere führen an, daß Wahlen keinen Sinn haben, da es keinen Frieden und keine politische Lösung des Konflikts gibt.

Verfassungsänderung abgelehnt

Die größte Oppositionspartei im srilankischen Parlament, die 'United National Party', hat Ende Januar das von der Regierung vorgelegte Paket zur Verfassungsänderung abgelehnt. Nach Aussagen der Partei ist die vorgeschlagene Machtteilung mit größeren Entscheidungsbefugnissen vor allen Dingen für

den Norden und Osten des Landes, in denen der überwiegende Teil der tamilischen Bevölkerung lebt, zu weitreichend. In einer Pressemitteilung der UNP heißt es, daß "in einem kleinen Land wie Sri Lanka ein starkes Zentrum zum Überleben notwendig ist" und die Vorschläge der Regierung das ethnische Problem nicht lösen könnten. Die lang erwartete Stellungnahme der Oppositionspartei zur Verfassungsänderung könnte bedeuten, daß die Regierung noch einmal ein völlig neues Konzept vorschlagen muß. Verfassungsänderungen können im Parlament nur mit einer Zweidrittelmehrheit, also nicht ohne Unterstützung der Opposition, verabschiedet werden.

Bibliothek für Jaffna vorbereitet

Mit der Vorstellung einer Bücherei in Jaffna versuchte die srilankische Regierung am 14. Januar alte Wunden im ethnischen Konflikt des Landes zu heilen. Die Zerstörung der Bibliothek von Jaffna im Jahr 1981 ist eines der Schlüsselereignisse, eines der wichtigsten Zentren tamilischer Kultur ging damals in Flammen auf. Das alte Gebäude der Bibliothek, das zur Zeit renoviert wird, soll in Zukunft die zunächst ca. 8.000 neuen Bücher beherbergen und als Grundstock für einen weiteren Ausbau der Bibliothek dienen. Anlässlich der Eröffnung der Bücherei am tamilischen Feiertag 'Thai Pongal' waren mehrere Minister und Parlamentsmitglieder aus Colombo angereist. Die Bücher stammen von zahlreichen Spendern, unter ihnen die indische Regierung, die Regierung Tamil Nadus, verschiedene internationale Spendenagenturen und auch Einzelpersonen.

Journalisten eingeschüchtert

Unliebsamen Besuch bekam der srilankische Journalist Iqbal Athas in der Nacht des 12. Februar in seinem Haus in Nugegoda, einem Vorort von Co-

lombo. Unbekannte bewaffnete Männer überfielen den Reporter und verletzten ihn. Athas, der vor allen Dingen für ausländische Nachrichtenagenturen arbeitet, war in den letzten Monaten von Seiten der Regierung ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Aufgrund seiner Berichterstattung über die Bürgerkriegsauseinandersetzungen im Lande warf man ihm eine Gefährdung der Sicherheit und die Preisgabe militärischer Geheimnisse vor.

Die indische Regierung hat im Januar gegen die Durchsuchung des Hauses eines indischen Journalisten in Colombo protestiert. Ein Sprecher der diplomatischen Vertretung Indiens in Colombo warnte davor, daß derartige Ereignisse dem Verhältnis der beiden Länder schaden könnten. Etwa 30 Soldaten hatten am 3. Januar das Wohnhaus des Korrespondenten des 'Indian Express' unter dem Vorwand durchsucht, daß in der Nachbarschaft eine Beerdigung stattfände, an der auch hohe Regierungsmitglieder teilnahmen. Die Soldaten interessierten sich jedoch hauptsächlich für Pressemitteilungen der LTTE und andere Dokumente, die im Haus des Journalisten vorlagen. Im Dezember durchsuchten Sicherheitskräfte das Hotelzimmer eines indischen Journalisten des 'Deccan Herald', der kurz zuvor die Halbinsel Jaffna besucht hatte.

Plantagen bestreikt

Am 5. Februar begannen etwa 400.000 Arbeiter der Tee- und Kautschukplantagen in Sri Lanka mit einem zunächst unbefristeten Hungerstreik. Ziel des Ausstands war eine Erhöhung der derzeitigen Tageslöhne von jetzt 83 Rupien pro Tag (2,52 DM) auf 105 Rupien (3,18 DM). Die Plantagenfirmen erklärten sich zunächst nicht bereit, über Erhöhungen von mehr als zehn bis fünfzehn Rupien in Verhandlungen mit den Arbeitern und vierzehn Gewerkschaften, darunter der 'Ceylon Workers Congress' (CWC), dem viele der Plantagenarbeiter angehören, zu treten. Ein

Vermittlungsversuch der Regierung mit dem Ziel einer Festlegung der Tagelöhne auf 100 Rupien scheiterte. Zwar wären die Arbeiter und ihre Vertreter bereit gewesen, auf das Angebot einzugehen, doch die Plantagenbesitzer zeigten keine Bereitschaft.

Bei Protestveranstaltungen kam es während des Streiks immer wieder zu Zwischenfällen. So bei einem Protestmarsch mehrerer hundert Plantagenarbeiter in Hatton. Die Polizei setzte Tränengas ein, um die Menschenmenge auseinanderzutreiben.

Nach einem Treffen von Gewerkschaftsvertretern mit Präsidentin Kumaratunga wurde der Streik am 13. Februar schließlich beendet. Die Vermittlung des Staatschefin führte zu einer Lohnerhöhung auf 101 Rupien je Tag. Die neuen Löhne gelten rückwirkend vom 1. Januar.

Tee ist einer der wichtigsten Exportartikel des Landes. Im Jahr 1997 wurde mit 276.000 Tonnen die höchste Teemenge in der Geschichte produziert, ein Zuwachs von sieben Prozent gegenüber 1996. In den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres verdiente Sri Lanka mehr als 1,15 Milliarden DM aus Tee-Exporten, ein Zuwachs von 22,6 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum von 1996.

Mehr Touristen im Land

Sri Lanka erwartet für dieses Jahr 20 Prozent mehr Touristen als noch 1997. Angaben des Leiters des 'Ceylon Tourist Board' H.M.S. Samaranyake zufolge, habe auch der Bombenanschlag auf den "Zahntempel" von Kandy - einer Hauptattraktion für die Besucher des Landes - nicht zu einem wesentlichen Rückgang der Buchungen geführt. Man erwarte für 1998 bis zu 440.000 Urlauber. Unterstützt von einer amerikanischen Beratungsfirma soll das Image des Landes nachhaltig aufpoliert werden. Der größte Teil der Sri Lanka Urlauber kommt aus Großbritannien, dicht gefolgt von Touristen aus Deutschland.

Militärische Auseinandersetzungen und Flüchtlingsschicksale

Anfang Februar kam es wieder zu einer größeren militärischen Konfrontation zwischen Armee und LTTE im Kilinochchi-Distrikt südlich des Elephant Pass. In der mehrtägigen Auseinandersetzung starben nach offiziellen Angaben allein auf Seite der tamilischen Guerilla etwa 350 Personen, die Armee kündigte die Übergabe von 218 toten Tamilen an das Rote Kreuz an. Auf Armeeseite sollen 48 Personen getötet worden sein,

etwa hundert wurden verletzt. Offizielle Quellen der LTTE hingegen sprechen von 150 gefallenen Kadern der 'Tamil Tigers' - inoffiziell spricht man hingegen sogar von insgesamt 700 Toten. Die LTTE hatte einen Überraschungsangriff auf Stellungen östlich von Paranthan, nahe der Stadt Kilinochchi gestartet. Seit längerer Zeit galt die Machtposition der Armee in diesem Bezirk zumindest als geschwächt. Der jetzige Angriff führte

zu neuen Spekulationen und wurde als Rückschlag bei der nun schon seit zehn Monaten andauernden Militäroffensive 'Jaya Sikuru' bewertet, die bisher Tausende von Opfern auf beiden Seiten gefordert hat. Hocharangige Militärvertreter versuchten zu beschwichtigen: "Wir durchkämmen zur Zeit das Gebiet, alles ist unter Kontrolle. Der Angriff wurde von uns erwartet und wir konnten geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen."